

11.

Sitzung

der Stadtvertretung

Sitzungs-Tag

Dienstag, 29.05.2012

Sitzungs-Ort

Ratssaal

(Es fand keine Fragestunde statt)

Beginn: 18.00 Uhr

Ende: 20.40 Uhr

Bei Beginn der Sitzung fehlten:

Ersatz

entschuldigt:

**STV Markus Beck
STV Ernst Dejaco
STV Franziskus Domig
STV Mag. Thomas Spöttl
STV Dr. DI Jusuf Mesic
STV Dr. Hamid Lechhab**

**STVE Peter Stadelmann
STVE Egon Schlattinger
STVE Elisabeth Allgäuer
STVE Andreas Rietzler
STVE Bastian Cizek
STVE Dieter Furtenbach**

unentschuldigt:

- - -

T a g e s o r d n u n g

1. Mitteilungen
2. Verleihung von Verdienstzeichen. Referent: Bgm. Mag. Wilfried Berchtold
3. Neubau Rettungstützpunkt Rotes Kreuz. Referent: Bgm. Mag. Wilfried Berchtold
4. Stadt Feldkirch - Rechnungsabschluss 2011, Bericht Prüfungsausschuss. Referent: STR Wolfgang Matt
5. Stadt Feldkirch Immobilienverwaltungs KG - Rechnungsabschluss 2011. Referent: STR Wolfgang Matt
6. Stadtwerke Feldkirch - Geschäftsbericht 2011, Gewinnabfuhr 2012, Sonderabfuhr 2012. Referent: STR Rainer Keckeis
7. Kraftwerk Illspitz – Vergaben. Referent: STR Rainer Keckeis
8. Resolution Vorsteuerregelung. Referent: STR Wolfgang Matt
9. Pilotprojekt: Deutsch-Kenntnisse der Wohnungswerber als Vergabekriterium bei gemeinnützigen Wohnungen. Referent: STR Ing. Daniel Dingler
10. Umbenennung der Luegerstraße. Referentin: STV Marie-Rose Rodewald-Cerha
11. Änderungen des Flächenwidmungsplanes. Referentin: STR Dr. Angelika Lener
12. Grundstücksangelegenheiten. Referent: STR Wolfgang Matt
13. Erarbeitung eines neuen Jugendtreffkonzeptes in der Stadt Feldkirch. Referent: STVE Andreas Rietzler
14. Genehmigung der Niederschrift über die 10. Sitzung der Stadtvertretung vom 13.03.2012
15. Allfälliges

Bürgermeister Mag. Berchtold eröffnet die Sitzung, begrüßt die Anwesenden und stellt die Beschlussfähigkeit fest. Gegen die Tagesordnung werden keine Einwendungen erhoben.

1. Mitteilungen

a) Bgm. Mag. Berchtold berichtet von den letzten Sitzungen der Regio Vorderland Feldkirch. Die Unterlagen seien in der Mappe zur heutigen Tagesordnung beigelegt. Im Berichtszeitraum seien zwei Sitzungen des Vorstandes der Regio Vorderland Feldkirch abgehalten worden. Darin seien die folgenden Themen behandelt worden: Sprachförderung: Dabei sei das Modell der Marktgemeinde Nenzing präsentiert worden. Altstoffsammelzentren: Die Frage der Ergänzung des Projektes Feldkirch durch ein zweites Projekt im Bereich der Regio sei diskutiert worden. Vereinsförderung Garten Vorarlberg: Dafür sei vereinbart worden, einen Betrag von € 1.000,00 zu gewähren. Die Vorstellung des Geschäftsführers für das Regionalmanagement: In der Regio sei man zu der Übereinstimmung gekommen, dass ein Geschäftsführer eingestellt werden solle, um die Arbeit zu professionalisieren. Diskussionen im Zusammenhang mit dieser Bestellung habe es insbesondere bezüglich der Finanzierung bzw. des Kostenschlüssels gegeben. Der Kostenschlüssel sei an sich einstimmig im Vorstand verabschiedet worden, auch im Stadtrat der Stadt Feldkirch sei dies bestätigt worden. Dies sei dann aber von der Marktgemeinde Rankweil nochmals in Frage gestellt worden. Eine endgültige Entscheidung liege noch nicht vor. Für die Grundlagenarbeit für eine Engergierplanung sei ALPS beauftragt worden. Dies sei das Beratungsunternehmen, das auch den Energiemasterplan mit der Stadt Feldkirch und den Stadtwerken Feldkirch erarbeite. Im Zusammenhang mit der Rettungszentrale Feldkirch sei über den aktuellen Stand berichtet worden. Dies werde in der heutigen Stadtvertretungssitzung in einem eigenen Tagesordnungspunkt behandelt. Weiters sei der Voranschlag 2012 vorgestellt und beraten worden.

STR Thalhammer merkt an, dass sie letztes Mal angeregt habe, diese Protokolle vorher an die Obleute zu senden. Dies, oder zumindest die Zusendung des Beschlussprotokolls, sei ihr zugesagt worden.

Bgm. Mag. Berchtold teilt mit, dass nur das Protokoll der 17. Sitzung des Vorstandes vorliege. Er glaube, dass das zweite in den nächsten Tagen eintreffen werde. Beide Protokolle würden dann gemeinsam versendet werden.

b) Bgm. Mag. Berchtold erklärt, dass in der Sitzung der Stadtvertretung im Dezember des vergangenen Jahres beschlossen worden sei, die Steuern, Gebühren, Beiträge und Entgelte der Stadt Feldkirch so aufzuarbeiten, dass sie eine gute Grundlage für künftige Entscheidungen böten. Diese Aufarbeitung liege nun vor und werde der Stadtvertretung zur Kenntnis gebracht werden. Ganz so spröde wolle er dies jedoch nicht belassen. Er wolle diese hervorragende Aufarbeitung und Übersicht, die von der Stadtkämmerei in Zusammenarbeit mit den jeweiligen SachbearbeiterInnen und Frau Nadine Lampert im Rahmen eines Werkvertrages, mit DI Hans-Jörg Mathis von den Stadtwerken aber auch anderen MitarbeiterInnen von zugeordneten Betrieben erfolgt sei, mit einem ausdrücklichen Lob ergänzen. Ihnen gelte nicht nur die Anerkennung sondern auch der Dank und ein Kompliment von allen.

STV Dr. Diem schließt sich dem Lob an. Es sei auch eine Anregung von Feldkirch blüht gewesen, dieses Papier zu erstellen. Er denke, dass man nun für zukünftige Entscheidungen eine sehr gute Grundlage habe. Er bitte darum, den einzelnen Clubs mehrere

Exemplare zuzustellen, damit sich die einzelnen Stadtvertreter eingehend damit auseinandersetzen könnten. Bei zukünftigen Entscheidungen über Gebühren sollten dann alle wissen, wovon gesprochen werde.

2. Verleihung von Verdienstzeichen

Bürgermeister Mag. Berchtold bringt den vorliegenden Antrag zur Kenntnis.

STR Thalhammer lässt wissen, dass sie sich genauer über die Richtlinien informiert habe. Darin stehe auch, dass der Stadtrat dies vorschlage. Sie habe aber vom Stadtdirektor Dr. Suitner gelesen, dass sich eigentlich ein Ausschuss vorher darüber berate. Sie wolle gerne wissen, ob über Otmar Walser, über dessen Ehrung im März abgestimmt worden sei, in einem Ausschuss gesprochen worden sei und ob die heutige Person von einem Ausschuss vorgeschlagen worden sei. Sie interessiere, ob es in Zukunft so sei, dass dies nur irgendjemand im Stadtrat vorgebe, sprich ob die Stadträte einfach irgendeine Person nennen könnten und darüber dann abgestimmt werde.

Bgm. Mag. Berchtold informiert, dass keine x-beliebige Person vorgeschlagen werden könne, sondern eine, die den strengen Richtlinien der Stadt Feldkirch für die Verleihung eines Verdienstzeichens entspreche. In der Vergangenheit sei nur sehr sparsam von dieser Möglichkeit Gebrauch gemacht worden. Eine Beratung im Ausschuss finde dann statt, wenn es die Vorlaufzeiten möglich machten, ansonsten werde im Stadtrat darüber beraten. Letztlich sei dies eine objektivierbare Entscheidung, die aufgrund von klaren Richtlinien in dieser Bestimmung unterstützt werde.

STR Thalhammer meint, es habe keine zeitliche Not für diese Ehrung bestanden, deshalb frage sie nach.

Bgm. Mag. Berchtold teilt mit, dass deswegen eine besondere zeitliche Not bestanden habe, weil am 10. Juni das 80-Jahre-Jubiläum des Krankenpflegevereins Tosters stattfinde, bei dem das Verdienstzeichen überreicht werden solle. Im März sei die Jahreshauptversammlung des Krankenpflegevereins Tosters durchgeführt worden, wo der zu ehrende als Obmann ausgeschieden und von Seiten des Vereins angeregt worden sei, diese Ehrung durch die Stadt vorzunehmen. Die Unterlagen seien in der Zwischenzeit in kürzester Frist zusammen- und zur Verfügung gestellt worden.

STR Thalhammer möchte wissen, ob man vor der Beratung im Stadtrat in einen Ausschuss gehe, wenn man eine Person, die die Kriterien erfülle, ehren wolle.

Bgm. Mag. Berchtold ist der Meinung, man könne es nicht viel höher ansetzen, als auf eine Beratung durch den Stadtrat und eine Empfehlung an die Stadtvertretung. Letztlich sei es der Sinn der Richtlinien, dass die Stadtvertretung diesen Beschluss fasse und eine Vorberatung im Ausschuss stattfinde. Dies sei dann durch keine Bestimmung im Rahmen der Richtlinien ausgeschlossen. Der Ausschuss könne aber keine Entscheidungen fällen.

Die Stadtvertretung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

In Anerkennung und als Zeichen der Dankbarkeit für den vorbildlichen Einsatz um ein soziales Feldkirch und für die besonderen Verdienste als langjähriger Obmann des Krankenpflegevereins Tosters wird Herrn Guntram Metzler das Verdienstzeichen der Stadt Feldkirch in Gold verliehen.

3. Neubau Rettungstützpunkt Rotes Kreuz

Bürgermeister Mag. Berchtold bringt den vorliegenden Antrag zur Kenntnis.

STV Dr. Diem wiederholt, dass die Stadtvertreter bei der letztmaligen Beratung dieses Tagesordnungspunktes teilweise selbst nicht gewusst hätten, was Sache sei. Mit den weiteren Nachverhandlungen und Informationen, die im Planungsausschuss geschehen seien, könnten sie das Ganze viel besser einschätzen und sagen, dass dies eine gute Sache sei. Er glaube, es sei wichtig, vorab den StadtvertreterInnen genau diese Informationen zu geben, damit während der Sitzung nicht gerätselt werden müsse, was eigentlich gemeint sei. Er danke herzlich dafür, dass diese Sache nochmals genauer angesehen worden sei und jetzt verständlicher sei, worüber entschieden werde.

STVE Rietzler bermerkt, dass die SPÖ damals, als dieser Antrag schon zur Abstimmung gestanden sei, darauf hingewiesen habe, dass eine verkehrstechnische Überprüfung angebracht sei. Er denke, dass bei zukünftigen Großprojekten, welches dieses auch darstelle, im Vorfeld bereits eine Bürgerinformation stattfinden solle und nicht im Nachhinein, wo die Stadtvertretung schlussendlich darüber entscheide. Genauso hätte auch damals schon das verkehrstechnische Gutachten vorhanden sein sollen. Dies hätte wahrscheinlich einige Unklarheiten ausgeräumt.

Die Stadtvertretung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Der unter Auflagen genehmigte Beitrag für die anteilige Finanzierung des Neubaus des Rettungstützpunktes des Roten Kreuzes in Levis wird im verminderten Ausmaß von € 27,00 pro Einwohner (bei einer Einwohnerzahl von 30.033 nach der Bevölkerungsstatistik 2006), insgesamt somit rund € 811.000,00 freigegeben. Die Auszahlung wird aliquot auf die Jahre 2012, 2013 und 2014 aufgeteilt.

4. Stadt Feldkirch - Rechnungsabschluss 2011, Bericht Prüfungsausschuss

STR Matt bringt den vorliegenden Antrag zur Kenntnis.

STR Matt richtet seinen Dank an alle, die durch ihr Engagement und ihre politische Unterstützung dafür sorgten, dass die Stadt Feldkirch auch künftig eine ordentliche Bilanzlage aufweisen könne. Weiters bedanke er sich bei allen, die als verantwortungsvolle Mandatäre die politischen Wünsche unter Berücksichtigung der Finanzkraft der Stadt umsetzten sowie bei allen MitarbeiterInnen, welche zum Gelingen dieses Jahresabschlusses beigetragen hätten. Besonderer Dank gelte den Mitarbeitern der Kämmerei,

namentlich Dr. Willi Bröll, dem es, so wisse er ganz genau, eine besondere Freude sei, dass der Rechnungsabschluss 2011, der der letzte unter seiner Führung sei, doch noch so gut ausgefallen sei. Dem Leiter des Rechnungswesens Edgar Kuster, der im Rechnungsabschluss 2011 auch die Früchte des sehr engagierten Projektes Budgetkonsolidierung 2010 erkennen könne und Regine Allgäuer für die Erstellung der Folien zum Bericht des Rechnungsabschlusses. Der Rechnungsabschluss sei im Finanzausschuss am 14.05.2012 beraten und einstimmig der Stadtvertretung zur Beschlussfassung empfohlen worden. Er ersuche um die Zustimmung der Stadtvertretungsmitglieder.

STV Dr. Diem informiert, dass Feldkirch blüht dem Rechnungsabschluss zustimmen werde. Er wolle bemerken, dass ihrer Auffassung nach ein Rechnungsabschluss eine Beurteilung sei, ob die finanziellen Mittel im Rahmen von Beschlüssen aufgegangen seien und mit den finanziellen Mitteln richtig umgegangen werde und nicht darüber, wie es inhaltlich aussehe. Sie hätten auch dem rein inhaltlichen Voranschlag zugestimmt. Dies wolle aber umgekehrt nicht heißen, dass, wäre es zu Unregelmäßigkeiten gekommen, sie diesen automatisch zustimmen würden. Sie seien auch der Auffassung, dass das letzte Jahr, besonders im Hinblick auf die zukünftigen finanziellen Anstrengungen, gut abgelaufen sei. Feldkirch blüht wolle sich ebenfalls bei allen Beteiligten bedanken.

Die Stadtvertretung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Der Rechnungsabschluss der Stadt Feldkirch für das Jahr 2011 mit Gesamtausgaben in Höhe von € 85.997.765,32 und Gesamteinnahmen in gleicher Höhe wird in der vorliegenden Form zur Kenntnis genommen und genehmigt.

Bgm. Mag. Berchtold bedankt sich bei den von STR Matt namentlich aufgezählten Mitarbeitern der Verwaltung. Sein Dank und seine Anerkennung gehe aber auch darüber hinaus. Jede/r Anordnungsberechtigte, jede/r MitarbeiterIn sei in ihrem/seinen Teilbereich mitverantwortlich für die Vollziehung des Rechnungsabschlusses. Stellvertretend wolle er heute dem Leiter der Stadtkämmerei, Dr. Willi Bröll, und Stadtamtsdirektor Dr. Christian Suitner danken.

STV Rodewald-Cerha bringt den Bericht des Prüfungsausschusses zur Kenntnis.

STV Rodewald-Cerha dankt im Namen des Prüfungsausschusses allen AOBs der Stadt Feldkirch, insbesondere der Abteilung Rechnungswesen und der Kämmerei für die Hilfsbereitschaft, mit der sie die Prüfungsausschussmitglieder durch Erläuterungen und Bereitstellung von Unterlagen in ihrer Arbeit unterstütze. Aufgrund der anfänglichen Schwierigkeiten heuer im Prüfungsausschuss, die auch für einen weniger üppigen Bericht verantwortlich seien und von denen sie bereits berichtet habe, habe Bgm. Mag. Berchtold vorgeschlagen, sich zusammzusetzen, um die Situation zu besprechen. Damit solle die Arbeit nächstes Jahr reibungsloser aufgenommen werden können. Das Treffen stehe noch aus.

Die Stadtvertretung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Der Bericht des Prüfungsausschusses und die Stellungnahmen der Anordnungsberechtigten werden zur Kenntnis genommen.

Bgm. Mag. Berchtold bedankt sich bei allen, die im Kreise dieses Ausschusses mitgearbeitet hätten, besonders bei Obfrau STV Rodewald-Cerha und Herrn Weichselbraun, der die Arbeiten in der Verwaltung dazu koordiniert habe.

5. Stadt Feldkirch Immobilienverwaltungs KG - Rechnungsabschluss 2011

STR Matt bringt den vorliegenden Antrag zur Kenntnis.

Die Stadtvertretung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Der Rechnungsabschluss 2011 der Stadt Feldkirch Immobilienverwaltungs KG mit einem Betriebsabgang von € 445.373,77 wird in der vorliegenden Form genehmigt.

Bgm. Mag. Berchtold spricht dem zuständigen Referenten STR Wolfgang Matt ein herzliches Dankeschön für die ausgezeichnete Arbeit aus, die auch hier im politischen Bereich geleistet werde.

6. Stadtwerke Feldkirch - Geschäftsbericht 2011, Gewinnabfuhr 2012, Sonderabfuhr 2012

STR Rainer Keckeis bringt die vorliegenden Anträge a), b) und c) zur Kenntnis.

Daniel Allgäuer sagt, der Umstand, dass eine Gewinnabfuhr in der Größenordnung von über € 200.000,00 stattfinde, sei sehr erfreulich. Genauso sei es mit der Sonderabfuhr für 2012 in der Größenordnung von € 500.000,00. STR Keckeis habe bereits ausgeführt, dass auch in den Jahren 2013 und 2014 eine Ausschüttung in der Höhe von € 500.000,00 stattfinde. Er wisse sehr wohl, dass die Stadtwerke eine Tochter der Stadt Feldkirch sei, und dass auch die Beschlussfassung im Verwaltungsrat der Stadtwerke einstimmig erfolgt sei. Dieser Punkt werde von der FPÖ ebenfalls unterstützt. Trotzdem wolle er die Größenordnung hinterfragen. Diese Ausschüttung finde in einer Größenordnung statt, ohne das Betriebsergebnis der Stadtwerke in der Zukunft zu kennen. Man kenne die Jahre 2012, 2013 und 2014 nicht. Das Betriebsergebnis 2010 sei in einer Größenordnung von € 134.000,00 gewesen. Wenn die Stadtwerke Feldkirch € 500.000,00 an die Stadt Feldkirch überweise, bedeute dies, dass ein Kredit in Höhe von € 350.000,00 bis € 360.000,00 aufgenommen werden müsse. Letztlich sei dies ein Verschieben von Zahlen. Zahlentechnisch möge dies richtig sein, aber es bringe in der Sache relativ wenig, auch vor dem Umstand, dass seitens der Stadtwerke Feldkirch in Zukunft Bauvorhaben in Millionenhöhe durchgeführt würden. Er frage sich grundsätzlich, ob dies sinnvoll sei. Ihm sei die Absicht nicht erklärbar.

Die Stadtvertretung fasst einstimmig folgende Beschlüsse:

- a) **Der Geschäftsbericht der Stadtwerke Feldkirch für das Jahr 2011 (Strom-Energiebereitstellung inkl. Betriebswirtschaft/Administration, gemeinsam mit Strom-Verteilernetz, Elektrotechnik, Telekommunikation, Stadtbuss und Wasser) wird in der vorliegenden Fassung zur Kenntnis genommen und genehmigt.**
- b) **Die am Gewinn orientierte Abfuhr 2012 der Bereiche Strom und Telekommunikation wird in der vorliegenden Form zur Kenntnis genommen und genehmigt. Die Abfuhr für das Jahr 2012 beträgt € 210.751,22 und wird an den Stadthaushalt abgeführt.**
- c) **Die Stadtvertretung beschließt, dass die Stadtwerke Feldkirch neben der ergebnisabhängigen Gewinnabfuhr gemäß bestehender Regelung noch zusätzlich in den Jahren 2012, 2013 sowie 2014 eine ergebnisunabhängige Sonderabfuhr in Höhe von je € 500.000,00 an den Stadthaushalt abliefern.**

Bgm. Mag. Berchtold gratuliert dem Geschäftsführer der Stadtwerke DI Dr. Manfred Trefalt, seinen MitarbeiterInnen und dem zuständigen politischen Referenten STR Rainer Keckeis zur erfolgreichen Arbeit, die hinter diesem Bericht stehe.

7. Kraftwerk Illspitz – Vergaben

STR Keckeis bedankt sich vorweg ganz besonders bei DI Dr. Manfred Trefalt und DI Hans-Jörg Mathis. Mit dem Beschluss über die Vergabe von Stahlwasserbau und der Turbinen hätten sie den ersten großen Schritt zur Realisierung des Kraftwerks Illspitz getan. Dass dieser Schritt heute möglich werde, sei den Vorarbeiten dieser zwei Herren maßgeblich zu verdanken. Die Stadtvertretung könne froh sein, solche Menschen in ihren Reihen zu haben, die sie mit sehr viel Sachverstand und Fingerspitzengefühl in dieses Projekt hineinbegleitet und auf den richtigen Weg gebracht hätte.

STR Keckeis bringt vorliegenden Antrag a) zur Kenntnis.

Die Stadtvertretung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

- a) **Die Stadtvertretung beschließt, das Gewerk Stahlwasserbau beim Kraftwerk Illspitz an den Bestbieter, die Firma Hans Künz GmbH (Hard, Österreich) zum Preis von € 3.277.316,25 (netto) zu vergeben.**

STR Keckeis bringt den vorliegenden Antrag b) zur Kenntnis.

Die Stadtvertretung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

- b) **Die Stadtvertretung beschließt, den Lieferauftrag für Turbinen und Generatoren beim Kraftwerk Illspitz an den Bestbieter, die Firma**

Andritz Hydro (Ravensburg, Deutschland) konsortial mit ELIN Motoren (Preding/Weiz) zum Preis von € 4.930.000,00 zu vergeben.

Bgm. Mag. Berchtold schließt sich persönlich und im Namen der Stadt und der Stadtvertretung dem Dank an, den STR Keckeis ausgesprochen habe, insbesondere gegenüber der Geschäftsführung DI Dr. Manfred Trefalt und dem Projektleiter des Kraftwerksbaus DI Hans-Jörg Mathis.

8. Resolution Vorsteuerregelung

STR Matt bringt den vorliegenden Antrag zur Kenntnis.

STV Allgäuer weist darauf hin, dass diese Resolution selbstverständlich von der FPÖ unterstützt werde. Es sei eine sehr sinnvolle Sache, dass dieser Vorsteuerabzug beibehalten werden könne. Sollte der Vorsteuerabzug fallen, bedeute dies im konkreten Fall, dass die Kommunen um 20 Prozent teurer bauen müssten. Dies sei der Versuch einer notwendigen Korrektur mit offenem Ausgang. Er müsse in aller Deutlichkeit feststellen, dass dies auch die Handschrift der SPÖ-ÖVP-Bundesregierung trage. Auch Landeshauptmann Wallner, das wolle er an dieser Stelle klar sagen, habe diesem Stabilitätspaket, sprich Sparpaket, zugestimmt. Dies sei, aus dem Dafürhalten der FPÖ, ein notwendiger Versuch, der sehr sinnvoll sei. Ob die notwendige Korrektur gelinge, sei völlig offen.

Die Stadtvertretung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Die Stadt Feldkirch fordert mit Berufung auf das Regierungsprogramm die Beibehaltung des Vorsteuerabzuges für Schulen. Auch Investitionen in damit verbundene Bildungseinrichtungen wie den Bildungscampus (eine Kombination von Schule, Kindergarten, Hort, Bibliothek) sollen darin einbegriffen sein, um Errichtung, Ausbau und Sanierung dieser wichtigen Bildungseinrichtungen nicht zu gefährden. Dies könnte durch eine zusätzliche Aufnahme einer Ausnahmeregelung im Umsatzsteuergesetz (analog wie bei GSBG-Beihilfenbezieher) erfolgen.

9. Pilotprojekt: Deutsch-Kenntnisse der Wohnungswerber als Vergabekriterium bei gemeinnützigen Wohnungen

STV Ing. Dingler bringt den vorliegenden Antrag zur Kenntnis.

STV Dr. Baschny teilt mit, dass der von den Freiheitlichen gestellte Antrag seitens der Fraktion SPÖ und Parteifreie nur abgelehnt werden könne. Es handle sich bei der Frage des Wohnens zweifellos um ein Grundbedürfnis bzw. um eine Existenzfrage. Es solle jemand, sie wisse nicht mit welcher Ausbildung und welcher Qualifikation, über die Möglichkeit, in einer Gemeindewohnung zu wohnen, entscheiden. Für jene "Ausländer" die bereits die Österreichische Staatsbürgerschaft erworben hätten, sei dies sowieso nur eine nochmalige Überprüfung von Deutschkenntnissen, die ohnehin schon

abgefragt worden seien. Es würden sich dann aber auch Fragen stellen. Es seien Menschen legal in unserem Land, diese könnten sich aber eine Wohnung nicht leisten. Was solle mit diesen Menschen, auch wenn es sich um Ausländer handle, nach den Vorstellungen der Freiheitlichen passieren? Es gebe bekanntlich das Gleichbehandlungsgesetz und eine Gleichbehandlungsanwaltschaft. Es gäbe dort einen Präzedenzfall, wo eine andere Gemeinde auch versucht habe, wegen mangelnder Deutschkenntnisse eine Gemeindewohnung vorzuenthalten. Die Gleichbehandlungsanwaltschaft sei hier von einer verbotenen Diskriminierung ausgegangen. Der Einzelfall sei nicht weiter verfolgt worden, da die zuständige Gemeinde die Wohnungswerberin noch rechtzeitig zufriedengestellt habe. Es sei nicht ganz richtig davon auszugehen, dass der deutschsprechende Ausländer der guter Ausländer sei und alle anderen Ausländer nicht unterstützenswürdig seien. Gerade wenn man an das Beispiel des sogenannten Asylshoppings denke, seien dies Menschen, die bei uns unter dem Titel Asyl unterkommen, die sehr gut vorbereitet seien und die sehr wohl über besonders gute Deutschkenntnisse verfügen würden. Schließlich gebe sie noch zu bedenken, dass die Republik Österreich bei der Frage des Zahlens von Steuern und Beiträgen nicht auf die jeweiligen Deutschkenntnisse schaue. Sie wolle wissen, wie es jetzt weitergehe. Es sei nun das Wohnen besprochen worden. Müssten sich Ausländer, damit sie eine Krankenbehandlung bekämen, in Zukunft auch auf Deutsch verständigen können oder wie sehe dies dann aus? Für sie sei das Ganze im Endergebnis bei all diesen Überlegungen nichts anderes als eine rechtspopulistische Stimmungsmache.

STR Dr. Rederer merkt an, dass es im Antrag der FPÖ heiße, es wäre Sorge dafür zu tragen, dass sich die Stadt Feldkirch bzw. die zuständigen Gemeindeabteilungen aktiv mit dem Pilotprojekt beschäftigen sollten. Er dürfe dazu folgende Informationen an die Stadtvertretung weitergeben: Im Sozial- und Wohnungsausschuss am 24.04. 2012 sei dieser Bereich thematisiert worden. Unter anderem sei dort bekannt gegeben worden, dass die Landesregierung am 24.01.2012 das Pilotprojekt Deutschkenntnisse in die Wege geleitet habe, vorerst für ein Jahr. Bei Wohnungsneuvergabe seien Deutschkenntnisse durch ein Gespräch oder eine Deutschkursbestätigung nachzuweisen. Ein Deutschkurs mit mindestens 50 Unterrichtsstunden werde im Zeitraum von Jänner bis Dezember 2012 mit maximal € 400,00 gefördert. Dem Sozial- und Wohnungsausschuss sei am 24.04.2012 ebenso die Vorgehensweise in der Stadt Feldkirch mitgeteilt worden. Diese sei am 01.03.2012 eruiert worden, wo seitens der Stadt bei der Informationsveranstaltung eine Teilnahme stattgefunden habe. Hier sei klar festgehalten worden, dass diese Deutschkurse als Chance und nicht als Zwang gesehen würden. Bisher habe eine einzige Person vor, einen solchen Deutschkurs in Anspruch zu nehmen. Sie habe dieses Angebot auch gerne angenommen. Er habe dann nach Zahlen gefragt. Hier sei ihm wiederum bestätigt worden, dass in einem Jahreszeitraum rund 1.200 Vorsprachen im Bürgerservice stattfänden und bei diesen Vorsprachen 15 bis 20 Personen dabei seien, die eine Dolmetschsituation bräuchten. Dies sei also eine verschwindend geringe Größenordnung von unter zwei Prozent. Fazit: Die Stadt Feldkirch, das Gremium Sozial- und Wohnungsausschuss, der Bürgerservice habe sich aktiv mit diesem Thema auseinandergesetzt. Die Sichtweise, die bei der Informationsveranstaltung, nämlich dass es sich um keinen Zwang, sondern um ein sehr gutes Angebot handle, sei angenommen worden und dies werde auch weiter so umgesetzt. Von seinem Blickwinkel aus gesehen, könne er nicht zustimmen.

STV Ing. Dingler betont in Richtung SPÖ nochmals, dass der Antrag im Landtag einstimmig, somit auch von der SPÖ, beschlossen worden sei. Weiters scheine es für ihn so, als würden sie sich nicht mit den Vergabekriterien auskennen. Von den Voraussetzungen für Wohnungsvergaben an Drittstaatsangehörige ausgenommen seien die EU, der EWR, Schweizer Staatsangehörige sowie anerkannte Konventionsflüchtlinge. Das heiÙe nach dem EU-Recht gleichgestellte Personen.

STVE Cizek korrigiert die Aussage von STV Ing. Dingler. Nach seinem Wissensstand habe die Fraktion Soziale Demokratische Partei diesem Gesetz im Vorarlberger Landtag nicht zugestimmt.

STV Ing. Dingler nimmt seine Aussage diesbezüglich zurück.

STR Thalhammer erwidert, dass es gar nicht sein könne, dass die Landtagsfraktion der Grünen dem zugestimmt habe. Dies sei undenkbar. Feldkirch blüht finde es auf jeden Fall sehr wichtig, dass die Menschen die deutsche Sprache lernten. Dies gehe jedoch nicht mit einem Muss-Gesetz. Es solle ein Angebot sein und so verstünden sie es auch, was die Stadt Feldkirch mache. Man rate den Leuten, man biete es ihnen an, man sage ihnen, dass das Land die Hälfte des Kurses bezahle. Sie würden sich wünschen, dass viele die Vorteile darin sähen und das Angebot annähmen. Ein Zwang könne es jedoch nicht sein und deshalb würden sie dem auch nicht zustimmen.

STV Dr. Nussbaumer bestätigt, dass SPÖ und Grüne damals nicht zugestimmt hätten. Sie hätten den Verhandlungsweg gewählt. Sie hätten gedacht, dass sie Zahlen zur Verfügung hätten, wenn sie ein Pilotprojekt auf ein Jahr begrenzt durchführen würden. Mit den Zahlen könnten sie auch in Zukunft feststellen, ob so etwas benötigt werde oder nicht. Weil sie seitens der ÖVP ziemliches Bauchweh hatten, diesem Antrag zuzustimmen, habe es auch die Beschränkung auf ein Jahr gegeben. Der Hintergrund sei gewesen, dass sie vor allem die Situation der Frauen im Blick gehabt hätten. Es gebe Familienkonstellationen, in denen die Frauen keine Möglichkeit hätten, Deutsch zu lernen, weil es in der Familie nicht gewollt sei. Die Abstützung der Deutschkurse sei ihnen wichtig gewesen, um den Frauen auf diese Art die Möglichkeit zu bieten, Deutsch zu lernen. Sie habe die Zahlen hierzu nicht und wisse nicht, ob sie Vizebürgermeisterin Burtscher habe. Wahrscheinlich lägen sie erst im Juli 2012 vor. Dann könne man nochmals darüber reden, ob es sinnvoll sei, dieses Pilotprojekt zu prolongieren. Jedenfalls finde sie es nicht notwendig, dass Feldkirch hier besonders hart durchgreife.

Vizebürgermeisterin Burtscher ergänzt, dass das Pilotprojekt aufgrund der Formalitäten, es in die Vergaberichtlinien hineinzuformulieren, mit einer großen Verzögerung gestartet habe. Es habe also erst im März begonnen und die Zahlen würden daher erst nächstes Jahr zur Verfügung stehen.

STV Allgäuer korrigiert, dass die Zustimmung im Vorarlberger Landtag mit den Stimmen der ÖVP und der FPÖ erfolgt sei. Es sei, wie bereits angesprochen, ein Pilotprojekt mit der Zeitdauer eines Jahres, das heiÙe natürlich, ein Jahr ab Beginn. Er glaube, man solle dies auch wirklich offen lassen. Es sei auch so argumentiert worden, wie STV Dr. Nussbaumer gesagt habe: Dass Deutsch, auch aus der Perspektive und Sichtweise der Frauen, eine Notwendigkeit sei. Er glaube, dies solle unumstritten sein. Es sei der

Gedanke "fordern aber auch fördern" im Vordergrund gestanden. Dies sei kein Ausschlussgrund. Diese soziale Leistung sei eine freiwillige Leistung der Allgemeinheit und er glaube, dass man ein korrektes und gutes Deutsch einfordern könne und müsse. Das sei man diesen Leuten schuldig.

Dieser Antrag fand mit den Stimmen der FPÖ keine Mehrheit.

10. Umbenennung der Luegerstraße

STV Rodewald-Cerha bringt den vorliegenden Antrag zur Kenntnis.

STVE Cizek informiert, dass Karl Lueger zweifellos ein Antisemit und Judenhasser gewesen sei. Zu einer Zeit, in der Antisemitismus leider zum gesellschaftlichen Mainstream gehört habe, zu einer Zeit, falls er dies anmerken dürfe, in der nur die sozialdemokratische Arbeiterbewegung aktiv gegen den Antisemitismus angekämpft habe. Dr. Karl Lueger sei von 1897 bis 1910 Wiener Bürgermeister und Mitglied der christlich-sozialen Partei gewesen. Als solches sei er zweifellos eine historische Persönlichkeit. Nun sei die Frage, wie mit Straßennamen, die nach geschichtlichen Personen benannt sind, umzugehen sei. Die Fraktion SPÖ und Parteifreie habe sich intensiv mit dem Antrag von Feldkirch auseinandergesetzt und kontrovers diskutiert. Ihrer Meinung nach sei es nicht zielführend, den Namen Lueger aus dem Feldkircher Stadtbild zu tilgen. Selbstverständlich würden sie niemals eine neue Straße nach einer Persönlichkeit wie Lueger benennen, aber die Straße existiere schon seit Jahrzehnten. Die grundsätzliche Frage sei, nach welchen geschichtlichen Maßstäben hier vorgegangen werde. Die Umbenennung wäre ein Präzedenzfall und würde zweifellos mehrere Umbenennungen nach sich ziehen. Im späten 19., Anfang 20. Jahrhundert sei ein beträchtlicher Teil der Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens antisemitisch eingestellt gewesen. Deshalb hielten sie es für zielführender, fundierte Kurzbiographien aller personenbezogenen Straßennamen zu erstellen und diese anschließend als Hinweisschilder anzubringen. Damit werde auch das geschichtliche Bewusstsein aller Einwohner und Besucher gefördert und es gäbe eine nachhaltige Diskussion über so wichtige Themen wie den Antisemitismus. Deshalb stelle die Liste SPÖ und Parteifreie einen Änderungsantrag: Es sollten fundierte Kurzbiographien aller personenbezogenen Straßennamen durch Historiker erstellt werden und anschließend als Hinweisschilder angebracht werden.

STV Ing. Dingler meint, STV Rodewald-Cerha habe gesagt, vorbildhafte, integre Persönlichkeiten sollten die Namen liefern. Er zitiere auszugsweise aus Wikipedia: "Sie war eine alkoholranke, zeitweise obdachlose aktmodelnde Dichterin, welche nie die österreichische Staatsbürgerschaft besessen hatte und welcher in Deutschland 1964 Antisemitismus vorgeworfen wurde." Mehr wolle er dazu nicht sagen.

STVE Cizek sagt, er wolle prinzipiell anmerken, dass Zitate aus Wikipedia immer mit Vorsicht zu genießen seien, da sie theoretisch von jedem erstellt werden könnten. Er bezweifle den Wahrheitsgehalt dieses Wikipedia-Eintrags.

STV MMag. König stellt fest, dass er schon vor 10 Jahren damit begonnen habe, sich mit dieser Thematik zu befassen. Das Ansinnen, das hinter dem Antrag stehe, sei

durchaus lauter und verständlich, wenn es darum gehe, Sensibilität im politischen Umgang miteinander aufzuzeigen, wenn es darum gehe, zu zeigen, was in der Vergangenheit falsch gelaufen sei. Vergessen machen könne man die Geschichte durch die Änderung von Straßennamen nicht. Die Geschichte ändere sich auch nicht aus der retrospektiven Betrachtung. Eine problematische Persönlichkeit, wie sie Karl Lueger ohne Zweifel gewesen sei, könne damit aber nicht aus dem kollektiven Gedächtnis gestrichen werden. Vor allem könne man die Verdienste, die er sich doch, wie die Vorredner bereits aufgezeigt hätten, erworben habe, nicht damit vergessen machen. Bereits im Jahr 1907 habe die Altgemeinde Altstadt den Antrag gestellt, die Luegerstraße als solche zu benennen. Diese Straße heiße also seit über 100 Jahren so und bis jetzt habe sich niemand, auch nicht bei den Grünen, daran gestört. Jetzt sei in Wien der Karl-Lueger-Ring nach vielen Jahrzehnten der Diskussion, seit die Grünen in der Stadtregierung säßen, umbenannt worden. Zuvor sei dies immer abgelehnt worden, vor allem auch seitens der Sozialdemokratie. Nicht vergessen dürfe man, dass es in Wien auch einen Lueger-Platz, diverse Karl-Lueger-Denkmäler und die Karl-Lueger-Gedächtniskirche gebe. So arg, wie man in Feldkirch vorzugehen wünsche, indem man die Erinnerung an Karl Lueger komplett tilgt, sei man nicht einmal in Wien vorgegangen. Er wolle kurz ins Gedächtnis rufen, dass das 19. Jahrhundert das Jahrhundert der politischen Selbstfindung der Bevölkerung gewesen sei. Man habe schwere soziale Spannungen sowie nationale Spannungen in der österreichisch-ungarischen Monarchie gehabt. Vor allem aber habe man ein ungerechtes Wahlsystem gehabt. 1848 habe es eine Verfassung gegeben, die erst 1882 den sogenannten Fünf-Guldenmännern das Wahlrecht erlaubt habe - von Frauenwahlrecht sei damals keine Rede gewesen. Wenn man in Betracht ziehe, dass diese Fünf-Guldenmänner im Zensuswahlrecht erst dann wahlberechtigt waren, wenn sie eine Steuerleistung von zumindest fünf Gulden im Jahr abliefern konnten, sei dies de facto ein Ausschluss von über 90 Prozent der gesamten Bevölkerung, daran teilzunehmen. Karl-Lueger sei es gelungen, diese Fünf-Guldenmänner in eine politische Partei zu führen - die christlich-soziale Partei. 1882 seien diese Fünf-Guldenmänner erstmals so wahlberechtigt gewesen, dass entsprechende wahltechnische Auseinandersetzungen, wie man sie in vordemokratischer Weise überhaupt wahrnehmen könne, erkennbar gewesen seien. So sei es letztlich auch gelungen, den Interessen dieser Bevölkerungsgruppen in Wien und dann in der gesamten österreichisch-ungarischen Monarchie eine Stimme zu verschaffen. Es seien nicht nur die Gasversorgung, die Straßenbahnen und die Kanalisation, dies habe man in allen Städten Europas damals umzusetzen versucht. Es seien die Sozialversicherung und eine Zentralsparkasse, die bis heute in der Bank Austria fortlebe. Heute rede man viel von Mikrokrediten, die man im internationalen Bereich der Entwicklungshilfe an Kleinunternehmer zu vergeben versuche. Genau dies habe Karl Lueger getan. Dies seien sozialreformerische Fortschritte gewesen. Es wundere ihn umso mehr, dass man diesen sozialreformerischen Fortschritten heute nur noch die Pauschalisierung des Antisemitismus gegenüberstelle. Zweifellos sei Karl Lueger ein grauenhafter Antisemit gewesen, dies wolle er überhaupt nicht in Abrede stellen. Lueger sei aber nicht wegen seines Antisemitismus in Erinnerung gerufen worden, sondern wegen seiner sozialreformerischen Leistungen und für sein kommunalpolitisches Vorbild, das er weit über die Grenzen der damaligen Reichshaupt- und Residenzstadt hinaus geschaffen habe. Er denke, dass gerade aus diesem Zusammenhang eine Berechtigung bestehe, auch in Feldkirch eine Karl-Lueger-Straße weiterhin als solche existieren zu lassen. Offensichtlich habe Lueger den Gemeinderäten der Altgemeinde Altstadt 1907 so viel bedeu-

tet und gebracht, dass es ihnen wichtig gewesen sei, eine Straße nach ihm zu benennen. König setze sich nicht über die damals getroffene Entscheidung hinweg und bestimme die Geschichte nicht neu. Er wolle nicht ignorieren, welche Leistungen, vor allem kommunalpolitischer Natur, erbracht worden seien. Er empfehle daher klar, diesen Antrag abzulehnen.

STR Thalhammer erklärt, sie habe bereits im Vortasten in den Vorgesprächen gemerkt, dass es sehr schwierig sein werde, hier eine Mehrheit zu bekommen. Feldkirch blüht habe das Thema dennoch als wichtig empfunden und den Antrag mit vier Beilagen versehen, damit sich alle ein bisschen genauer damit auseinandersetzen. Sie wolle lobend erwähnen, dass dies passiert sei. Zudem hätten sie es gerade in einer Sitzung, in der es viel um Zahlen, Finanzen und Finanzkraft gehe, wichtig gefunden, dass sich die Stadtvertretung auch mit anderen Themen auseinandersetze. Ganz egal, wie dieser Antrag nun ausginge, freue es sie, dass die Stadtvertretung nicht auf dem Niveau miteinander spreche, wie es zum Teil auf vol.at geschehe. Sie ginge selten auf diese Seite und sei davon erschüttert. Schon bevor sie das Abstimmungsergebnis für diesen Antrag kenne, wolle sie sich für die sachliche Diskussion bedanken.

OV Mähr bringt die Meinungen aus dem Volk zur Kenntnis. Insbesondere Anrainer hätten ihren Unmut über die diskutierte Umbenennung mit ziemlich kräftigen Worten unterstützt. Die Wünsche und Anregungen, die er weitergeben solle, wolle er sich mit dem Einverständnis der Stadtvertretung schenken. Der Tenor der sehr aufgebrachten Parteien ginge u.a. in Richtung der Kosten, aber noch mehr in Richtung der Umstände in Verbindung mit einer Umbenennung, wie zB Änderungen des Briefpapiers, im Telefonbuch, der Visitenkarten, der Adresse im Grundbuch, auf der Bank usw. Die Auflistung ließe sich noch um einiges fortsetzen. Er wolle deshalb unter Bezugnahme der kontaktierten MitbürgerInnen anregen, die Meinungen und Wünsche, insbesondere von einer Umbenennung abzusehen, in eine allfällige Entscheidung einfließen zu lassen.

STV Rodewald-Cerha bezieht sich auf die Anmerkungen von STV MMag. König. Die Vorarlberger Grünen würden sich schon seit einigen Jahren mit diesem Thema beschäftigen. In Dornbirn habe es eine Stadtvertreterin der Grünen geschafft, dieses Thema in die Stadtvertretung einzubringen. Dort sei eine Umbenennung bereits erfolgt. In Bregenz recherchiere man gerade, welche Straßen es dort gebe. Aus Zeitmangel hätten sie sich noch nicht damit beschäftigt, was es in Feldkirch noch alles zu tun gebe. Aus dem Anlass, dass der Karl-Lueger-Ring umbenannt werde, hätten sie die Luegerstraße in Feldkirch als Beispiel gewählt. Dies sei also nicht der einzige Grund, aus dem dieser Antrag gestellt werde. Es gäbe vielleicht noch andere Namen in Feldkirch. Weiters wolle sie sagen, dass der Karl-Lueger-Ring in Wien umbenannt werde und eine Arbeitsgruppe bestehe, die sich damit beschäftige, was in Wien existiere, was man umbenenne und was mit einer Tafel, wie vom Kollegen erwähnt, versehen werde. Auch sie sei der Meinung, dass, sollte die Straße nicht umbenannt werden, zumindest eine Tafel darauf hinweisen solle, dass diese Persönlichkeit nicht eindeutig integer sei, um sie in einer Namensgebung zu ehren. Das werde überall in Wien bereits gemacht und sei beschlossene Sache.

STR Dr. Bitschnau spricht STR Thalhammer im Namen aller Anwesenden einen Dank dafür aus, dass sie ihnen ein höheres Diskussionsniveau zutraue. Die Diskussion habe drei Aspekte: die historische Aufarbeitung, die Umbenennung und die Auswahl von Namen sowie den Verwaltungsaufwand. Er glaube, OV Mähr habe schon deutlich zum Ausdruck gebracht, welchen Aufwand es gebe. Er könne auch die Anrufe der Nachbarn bestätigen. Diese seien auch bei ihm eingegangen. Es seien nicht viele freundliche Anrufer dabei gewesen. Den Vorschlag der Kollegen der SPÖ, die historische Aufarbeitung in Betracht zu ziehen, fände er nicht schlecht. Er könne sich vorstellen, diesem Abänderungsantrag zu folgen, da die Anbringung von Informationen - nicht nur für diese Straße, sondern generell - bestimmt dienlich sei. Zum vorgeschlagenen neuen Straßennamen gebe es nicht viel zu sagen. Dieser werde auf der Liste bestimmt nicht weit oben gereiht.

STV Ing. Rädler ist der Meinung, dass Straßenbezeichnungen auch die Geschichte einer Stadt wiedergeben. Es seien nun positive und negative Aspekte von Karl Lueger erläutert worden. Die Straße in Feldkirch heiße nur Luegerstraße und nicht Karl-Lueger-Straße. Niemand wisse, mit welchen Argumenten der Antrag 1907 formuliert worden sei. Er wolle den weiteren Bestrebungen Einhalt gebieten, da Feldkirch eine Geschichte habe und es bei einer Geschichte auch immer dunkle Seiten gebe. Es sei durchaus möglich, dass damals eine helle Seite für die Entscheidung gewählt worden sei. Hinterher sei diese, wie die Diskussion gezeigt habe, einer eher dunklen Seite gewichen. Diesbezüglich bitte er darum, dass die Geschichte Feldkirchs nun nicht umgeschrieben werde. Er glaube, die Stadtvertretung sei aktiv, die Geschichte der Zukunft mitzubestimmen. Auch in der Vergangenheit habe das eine oder andere einen Beweggrund gehabt. Mit dieser Geschichte, auch wenn sie eine dunkle Seite habe, müsse man eben auch leben.

STR Dr. Lener geht näher auf einige Aussagen ein. Natürlich sei Dr. Lueger, dies wüssten sie alle, antisemitischer Gesinnung gewesen. Sie glaube, man müsse bedenken, dass der Judenhass ein Phänomen sei, das Europa schon seit vielen Jahrhunderten und permanent begleite. Zur Zeit von Dr. Lueger seien es in Wien insbesondere die sozialökonomischen Umstände gewesen, die ihm das Thema erleichtert hätten. Sie wolle ergänzen, dass er den Umgang mit dem Thema nicht rassistisch hinterlegt habe, sondern dies bei ihm reiner Populismus gewesen sei. Er sei ein Mann der Worte gewesen und er habe deswegen in Vorarlberg auch viele Anhänger gehabt. Sie wolle dem Vortragenden der Grünen entgegen, dass er kein Geburtshelfer des Nazionalsozialismus und somit kein Wegbereiter der Gräueltaten des Nazionalsozialismus gewesen sei. Für diese dunkle Zeit der Geschichte bestehe eine Gesamtverantwortung in der Gesellschaft, auch der österreichischen und der vorarlberger Gesellschaft, die sich von den nazionalsozialistischen Ideen nur allzu leicht habe verleiten lassen. Sie glaube, dass diese Gesamtverantwortung in keinsten Weise durch Schuldzuweisungen an einzelne Personen und schon gar nicht durch die Demontage einer Straßentafel abgewälzt werden könne. Dies sei eine Ausflucht und ein Verdrängen. Sie würde dies als kontraproduktiv ansehen. Sie würde es begrüßen, wenn beispielsweise eine Ausstellung über das Thema christlich-soziales Vorarlberg im beginnenden 20. Jahrhundert in der Volksschule Altenstadt veranstaltet werde. Sie könne sich aber durchaus auch vorstellen, die Idee mit Zusatztafeln - mit ergänzenden Informationen - auf Straßenbezeichnungen aufzunehmen. Wenn man beginne, alle Straßenbezeichnungen aufzuarbeiten, habe Sie je-

doch etwas Sorge, dass der damit verbundene Aufwand, sollte nun ein Beschluss gefasst werden, nicht absehbar sei. Es stelle sich auch die Frage, ob es nicht besser sei, eine solche Zusatzbezeichnung bzw. Anmerkung ins Internet zu stellen. Dann stelle sich für sie wiederum die Frage, wer derartige ergänzende Informationen bearbeite. Man habe heute schon gesehen, dass die Persönlichkeit von Dr. Lueger, bei aller Sachlichkeit, polarisiere. Die einen sagten, er wäre integer, die anderen bezeichneten ihn als Populist und die Dritten als Antisemit. Es stecke vielleicht ein bisschen von all diesen Kriterien in seiner Persönlichkeit. Sie glaube, dass niemand in der Stadtvertretung heute dazu in der Lage sei, die Persönlichkeit von Dr. Lueger so zu beurteilen, wie sie tatsächlich gewesen sei. Dafür brauche es Historiker. So gut sie die Idee finde, glaube sie doch, dass man sich überlegen müsse, wie diese Idee, die Bevölkerung entsprechend zu informieren und die eigene Geschichte zu präsentieren, umgesetzt werden könne. In diesem Sinn könne sie sich vorstellen, dass sie dem Abänderungsantrag folge. Sie frage sich nur, ob die Formulierung nicht so geändert werden solle, dass man sich nicht Kosten auflaste, die man budgetär noch nicht kenne. Es sei sinnvoll, eine Historikerkommission, Herrn Mag. Volaucnik, darum zu bitten, die Dinge aufzuarbeiten.

STV Dr. Diem erwähnt, dass es wichtig sei, Informationen über die Aufarbeitung von Namen wie Karl Lueger bzw. Luegerstraße, vielleicht gebe es noch andere Dinge, die zu Diskussionen führten, an die Bevölkerung weiterzureichen. Dies könne in Form von Tafeln an der Straße oder im Internet, inzwischen würden bekanntlich viele Bürger dieses nutzen, geschehen. Er wundere sich etwas darüber, dass in der Argumentation die damit verbundenen Kosten ein Thema seien. Wenn sie der Überzeugung seien, ein Name würde wirklich nicht ins Stadtbild passen, so würden sie diesen auch ändern. Es sei wichtig, zu einer Überzeugung zu kommen. Die Diskussion solle zu einem würdigen Abschluss kommen. Was besprochen worden sei, solle ordentlich aufgearbeitet werden und daraus sollten die Lehren gezogen werden.

Bgm. Mag. Berchtold versucht, einen Antrag zur Abstimmung vorzulegen, der dem Anliegen dieser Diskussion Rechnung trage. Er glaube, es sei durchgängig erkennbar, dass insbesondere die Aufarbeitung ein Anliegen sei. Speziell die sachliche Diskussion über diese Straßenbezeichnung solle ein wichtiger Teil dieser Aufarbeitung sein. Es seien verschiedene Vorschläge dafür gemacht worden. Er verstehe es so, dass sich die Überprüfung auf jene Straßen beschränke, die Personennamen hätten. Zunächst solle man sich an Unterlagen orientieren, die vorhanden seien. Es gebe ein Buch über Straßenbezeichnungen in Feldkirch. Daraus lasse sich ableiten, dass der größte Teil dieser Straßen unproblematisch in ihrer Benennung sei. Wenn sich aus dieser Aufarbeitung, die vorliege, ergeben sollte, dass es weitere Straßennamen gebe, die einer näheren Betrachtung unterzogen werden sollten, werde dies gemeinsam mit der Luegerstraße gemacht werden. Zunächst solle man sich aber auf die Luegerstraße konzentrieren und dieses Thema mit einer kleinen Expertenrunde aufarbeiten. Dort solle auch die Form der Darstellung nach außen festgelegt werden - ohne nun von vornherein zu sagen, man beschildere alle Straßen.

STV Dr. Baschny stellt die Frage, ob nun nur ein Beschluss zum Thema Luegerstraße gefasst werde und man alles andere auf sich zukommen lasse.

Bgm. Mag. Berchtold widerspricht dem und schlägt vor, die aufgearbeiteten Grundlagen über die Straßenbezeichnungen heranzuziehen und zu eruieren, für welche Straßen allenfalls eine nähere Untersuchung über die Benennung notwendig sei. Dies sei kein großer Aufwand, ein Historiker könne das sofort erledigen. Des Weiteren solle für die Luegerstraße bereits kurzfristig eine solche historische Aufarbeitung vorgenommen werden. Die Frage, in welcher Form dies geschehe, solle aber noch offen bleiben. Damit sollten sich die Vertreter, die die einzelnen Fraktionen delegieren, gemeinsam befassen.

Bgm. Mag. Berchtold bringt diesen Abänderungsantrag, der ein Versuch einer Präzisierung des Änderungsantrages von STVE Cizek sei, zur Abstimmung.

Die Stadtvertretung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Die städtische Verwaltung wird beauftragt, auf Grundlage der vorhandenen Unterlagen über die Straßenbezeichnungen von Feldkirch zu prüfen, welche Straßenbenennungen allenfalls eine nähere Untersuchung erfordern. Gleichzeitig soll für die Luegerstraße bereits kurzfristig eine historische Aufarbeitung erfolgen. Zu diesem Zweck ist eine Arbeitsgruppe einzurichten. Die in der Stadtvertretung vertretenen Fraktionen entsenden je eine Person ihres Vertrauens in diese Arbeitsgruppe. In dieser Arbeitsgruppe soll auch über die Form der Aufarbeitung dieses Themas beraten und eine Empfehlung abgegeben werden.

Bgm. Mag. Berchtold bedankt sich für das Niveau und die Sachlichkeit dieser Diskussion. In einer so sensiblen Frage eine Diskussion in dieser sachbezogenen Form abzuführen, sei durchaus ein gutes Zeugnis für die Stadtvertretung als demokratisches Gremium.

STR Thalhammer ergänzt, dass Paula Ludwig eine Frau aus Feldkirch mit allgemein anerkanntem Namen, außer bei Wikipedia, sei. Bei einer der nächsten Möglichkeiten bei Straßennamen solle versucht werden, auch sie in die engere Wahl zu nehmen.

Bgm. Mag. Berchtold stellt dazu fest: Bereits in der Vergangenheit habe es diesen Vorschlag gegeben. Er sei demnach quasi archiviert und solle bei nächster Gelegenheit für eine Straßenbenennung oder einen anderen öffentlichen Zweck hervorgezogen werden. Allerdings finde dies nicht so oft statt und es müsse dafür auch einen lokalen Bezug geben. Es würde beispielsweise keinen Sinn machen, einen Platz in Bangs Paula-Ludwig-Platz zu nennen. Dies würde der Sache nicht gerecht werden.

11. Änderungen des Flächenwidmungsplanes

STR Dr. Lener bringt den vorliegenden Antrag a) zur Kenntnis.

Die Stadtvertretung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

a) Die Stadtvertretung der Stadt Feldkirch beschließt die Änderung des Flächenwidmungsplanes vom 07.06.1977 idgF dahingehend, dass

gemäß Planbeilage "Flächenwidmung Neu" vom 22.11.2011, M1:2.000, die GST-NR 1655/4, KG Altenstadt, von Baufläche – Betriebsgebiet (Kat. I) in Baufläche – Mischgebiet umgewidmet wird.

STR Dr. Lener bringt den vorliegenden Antrag b) zur Kenntnis.

Die Stadtvertretung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

- b) Die Stadtvertretung der Stadt Feldkirch beschließt die Änderung des Flächenwidmungsplanes vom 07.06.1977 idgF dahingehend, dass gemäß Planbeilage "Flächenwidmung Neu" vom 24.02.2012, M1:2.000, eine Teilfläche der GST-NR .342/1, KG Altenstadt im Ausmaß von 1.726 m² von Vorbehaltsfläche – Sportfläche mit Untertagswidmung Baufläche - Mischgebiet in Baufläche – Mischgebiet umgewidmet wird.**

12. Grundstücksangelegenheiten

STR Matt bringt den vorliegenden Antrag a) zur Kenntnis.

Die Stadtvertretung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

- a) Die Stadt Feldkirch verkauft nach Abtrennung einer Teilfläche von ca. 140 m² an der Hubstraße die restlich verbleibende Teilfläche im Ausmaß von ca. 600 m² aus GST-NR 350/1 vorkommend in EZ 1394 Grundbuch 92125 Tosters zum Pauschalpreis von € 150.000,00 an Andrew und Marietta Booth, Hubstraße 63f, 6800 Feldkirch zu den im Antrag genannten und bei der Stadt Feldkirch üblichen Bedingungen.**

STR Matt bringt den vorliegenden Antrag b) zur Kenntnis.

Die Stadtvertretung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

- b) Die Stadt Feldkirch verkauft an Heinz und Herta Müller, beide wohnhaft in 6800 Feldkirch, Am Mittleren Riegel 48, das GST-NR 6012 mit 1.055 m² vorkommend in EZ 1222 Grundbuch 92102 Altenstadt zum Pauschalpreis von € 240.000,00 sowie zu den im Antrag genannten und bei der Stadt Feldkirch bei Verträgen dieser Art üblichen Bedingungen. Die Nebenkosten des Grunderwerbes gehen zu Lasten der Erwerber. Heinz und Herta Müller als neue Eigentümer des GST-NR 6012 räumen den jeweiligen Eigentümern der GST-NR 6031 und 6033 die Dienstbarkeit der Duldungsverpflichtung auf GST-NR 6031 und 6033 eine Tennisanlage mit den daraus entstehenden Emissionen zu betreiben ein und stimmen ausdrücklich der Einverleibung der Dienstbarkeit in EZ 1222 zu. Die Stadt Feldkirch**

als Eigentümerin der GST-NR 6031 und 6033 nimmt dieses Recht zur Kenntnis und an.

STR Matt bringt den vorliegenden Antrag c) zur Kenntnis.

Die Stadtvertretung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

- c) Die Stadt Feldkirch erwirbt eine Teilfläche von ca. 1.000 m² aus GST-NR 1564 vorkommend in EZ 1579 Grundbuch 92125 Tosters zum Preis von € 130,00 pro m² zu den im Antrag genannten sowie bei der Stadt Feldkirch bei Verträgen dieser Art üblichen Bedingungen.**

STR Matt bringt den vorliegenden Antrag d) zur Kenntnis.

STV Allgäuer erklärt sich für befangen.

STVE Rietzler erklärt, dass die SPÖ Feldkirch und Parteilfreie mit dem Pachtzins einverstanden sei. Sie sähen die lange Pachtdauer von 20 Jahren jedoch nicht als angebracht. Diese solle auf fünf Jahre befristet werden, da ihrer Ansicht nach zuerst die restliche Situation der Agrargemeinschaften sowie die Besitz- und Eigentumsverhältnisse zu klären seien. Somit würde sich ergeben, ob eine Pacht überhaupt anfalle.

STV Dr. Diem merkt an, es handle sich um eine nicht unwesentliche Erhöhung des Pachtzinses. Es gelinge der Agrargemeinschaft Altenstadt immer wieder, Anlagen die zur Freizeitnutzung von der Stadt benötigt würden, gewinnbringend umzusetzen. Er erinnere nur daran, dass der Ankauf der Freizeitfläche der Oberau auch viel gekostet habe. Man solle wieder einmal in Frage stellen, welchen Sinn und Zweck die Agrargemeinschaft habe, ob sie für oder gegen die Gemeinschaft sei. Er denke, dass im Prinzip, wenn man den Wert des Grundstücks ansehe, der Pachtzins sicher gerechtfertigt sei. Eine Agrargemeinschaft, die auch aus der Allgemeinheit entstanden sei, solle der Allgemeinheit aber auch mehr geben. Dem Betrag selbst würden sie zustimmen, die Anmerkung habe er sich aber nicht verkneifen können.

Die Stadtvertretung fasst gegen die Stimmen der SPÖ folgenden Beschluss:

- d) Die Stadt Feldkirch pachtet von der Agrargemeinschaft Altgemeinde Altenstadt eine Teilfläche im Ausmaß von ca. 4.650 m² aus GST-NR 1228/1 und .257, beide vorkommend in EZ 415 Grundbuch 92116 Nofels auf die Dauer von 20 Jahren. Es handelt sich dabei um den Sportplatz Nofels (Tschuttplatz Äuele) und das Gebäude Schmitten-gässele Nr. 33 (Werkzeughütte). Der jährliche Pachtzins beträgt € 1.500,00 zuzüglich Mehrwertsteuer indexiert nach dem VPI 2010.**

STR Matt bringt den vorliegenden Antrag e) zur Kenntnis.

Die Stadtvertretung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

e) Die Stadt Feldkirch stimmt dem vorliegenden Grundeinlösungsvertrag abgeschlossen zwischen der Stadt Feldkirch und Schöch Irma, Nofler Straße 3, 6800 Feldkirch 1/1 Anteil aus GST-NR 2898/1, EZ. 2809 – ca. 8 m² zu € 230,00/m² zu den im Antrag genannten und bei Verträgen dieser Art üblichen Bedingung, zu.

13. Erarbeitung eines neuen Jugendtreffkonzeptes in der Stadt Feldkirch

STVE Rietzler bringt den vorliegenden Antrag zur Kenntnis.

Vizebürgermeisterin Burtscher meint, was vor 15 oder 20 Jahren in der Jugendgeneration angebracht und auch angenommen worden sei, sei heute bzw. vor fünf Jahren schon nicht mehr angenommen worden. Sie hätten sich viele Jahre bemüht. 2006 hätten sie im Jugendausschuss diskutiert, sie hätten auch in der Stadtvertretung Beschlüsse gefasst. Mit sehr viel Aufwand hätten sie versucht, die Jugendtreffs zu reaktivieren. Sie hätten feststellen müssen, dass die Jugend mobiler sei, dass sie sich ihre Freiräume suche und dass sie diese Freiräume ständig wechsele. Die Jugend lasse sich aber nicht in Freiräume kanalisieren, die sie ihr zur Verfügung gestellt hätten. Es habe sich die Jugend geändert, es hätten sich die Gewohnheiten und die Mobilität der Jugendlichen geändert. Die Erfahrungen, die sie mit dem letzten Versuch, ein Treff zu reaktivieren, gemacht hätten, könne der Ortsvorsteher aus Tosters, wenn es gewünscht sei, noch genauer schildern. Aus ihrer Sicht habe sich seit fünf Jahren nichts in dieser Hinsicht geändert. Sie würden auch diesmal diesen Antrag ablehnen.

STR Thalhammer teilt mit, dass Feldkirch blüht diesem Antrag zustimmen wolle, auch wenn sie ebenfalls davon überzeugt seien, dass Jugendliche sich nicht mehr in dieser üblichen Erklärung des Wortes Jugendtreff treffen wollten. Ein Ort, eine Räumlichkeit in irgendeinem Keller in jedem Ortsteil sei nicht mehr das Richtige für die Jugendlichen. Sie seien überzeugt, dass die Treffpunkte mobiler seien. Man könne ein Jugendtreff auch auf diese Weise verstehen. Es müsse nicht der alte bekannte Raum sein, dieses altbekannte Wort Jugendtreff. Es könne eine andere Form davon sein. Wenn es in dem Sinn verstanden werde, zu schauen, was die Jugendlichen heute brauchten, wo sie sich derzeit trafen, wo den Nachbarn ein Treffpunkt nicht sehr sympathisch sei und was man machen könne, um es mit den Nachbarn möglichst angenehm zu gestalten, könnten sie den Antrag sehr wohl unterstützen.

STVE Rietzler bestätigt, dass dies so zu verstehen sei.

STV Scharf erwähnt, dass sich Jugendliche ihre Räume suchen würden. Bekanntlich seien dies gerne öffentliche Spielplätze, was vor allem bei Kindergärten zu Problematiken führe. Wie es auch aus dem Prüfungsbericht ersichtlich sei, gingen Kindergartenpädagoginnen sonntagabends auf den Platz, um ihn von Zigaretten und Verunreinigungen zu säubern, weil die Jugendlichen ihn am Wochenende besetzen würden. Dies sei kein Einzelfall. Es sei an mehreren Kinderspielplätzen, auch in Nofels und im Reichenfeld, so, dass sich Jugendliche gerne dort aufhielten. Sehr bedenklich seien vor allem die Zigarettenstummel, die in einem sehr großen Ausmaß am Boden lägen. Alle

wüssten, was passiere, wenn Kleinkinder einen solchen Stummel erwischten. Es sei sicher nicht falsch, genauer darauf zu achten.

STVE Rietzler will das Thema zum Abschluss bringen, da er denke, viele Wortmeldungen seien zum Schluss nicht mehr unbedingt angebracht. Es sei daher schade, dass dieser Punkt erst am Schluss gekommen sei. Die SPÖ habe im Jugendausschuss damals nicht zugestimmt und die Argumente seien auch nicht auf ihrer Seite gewesen. Er denke, es gebe genügend Freiräume in der Öffentlichkeit, wo man Jugendliche antreffe. Es gebe Vandalismus, es gebe unterschiedlichste Dinge, die auch aus dem Polizeibericht der Stadt ersichtlich seien, der im Feldkircher Anzeiger veröffentlicht worden sei. Er denke, man solle nicht diesen negativen Aspekt in den Vordergrund stellen. Man solle herausfinden, welche Möglichkeit und welche Form angebracht sei. Darum heiße es auch "Jugendtreffkonzept". Es sei nämlich nicht definiert, welche Räumlichkeiten es sein sollten und wo es sein solle. Vielleicht sei es sogar angebracht, es in der Nähe eines Spielplatzes zu machen, wo ein dezidierter, überdachter Bereich ausgewiesen werde, wo sich die Jugendlichen treffen könnten. So müssten sie nicht immer in die Schulen gehen, wo dann Wandschmierereien stattfänden. Er habe selbst im Sozialbereich gearbeitet und wisse, dass man Jugendlichen nicht sagen könne, sie müssten an einen solchen Ort gehen, aber schlussendlich würden sie die Angebote, die man ihnen gebe, schon nutzen. Bei den ehemaligen Jugendtreffs habe Fachpersonal die Jugendlichen punktuell begleitet. Die Jugendlichen hätten selbst organisiert. Er glaube, dass dies mittlerweile nicht mehr zielführend sei. Daher habe er geschrieben, Fachpersonal müsse die ganze Zeit vor Ort sein bzw. das Ganze müsse begleitet werden. Er habe offen gelassen, in welcher Form dies stattfinden solle. Er glaube, es gebe Expertenkommissionen, die sich gerne mit diesem Thema auseinandersetzen könnten. Das Problem sei natürlich, dass man eine Expertenrunde machen müsse, denn im Ausschuss könne man nicht mitsprechen. Dies sei dann schwierig. Er bitte daher, dafür zu stimmen. Dies würde ihn wirklich freuen, denn ansonsten brauche es nochmals sechs Jahre.

OV Himmer erläutert, dass es einen sehr starken Wandel gebe, wenn man die Situation der letzten Jahre begutachte. Ein Jugendkonzept habe vor 14 oder 15 Jahren ganz anders ausgesehen als heute. Vor vier Jahren hätten sie massiv versucht, das Jugendtreff Tosters hochzuhalten und seien kläglich gescheitert. Kläglich gescheitert aus sehr vielen Aspekten. Es habe Nachbarschaftsprobleme gegeben, es seien aber vor allem die Jugendlichen als solches gewesen. Die Jugendlichen würden solche Kanalisierungen nicht mehr akzeptieren. Was Jugendliche vor allem nicht akzeptieren würden, sei dieses begleitende Fachpersonal, das dauernd vor Ort mitanwesend sei. Die Jugend brauche Freiräume. Sie wolle nicht unter Aufsicht stehen. Dies funktioniere auf keinen Fall. Er sei schon damals ein Gegner dieses dauernd zur Seite stehenden Sozialbetreuers gewesen. Dies habe damals nicht funktioniert und funktioniere auch heute nicht. Es gebe die Situation, dass momentan noch zwei Jugendtreffs vorhanden seien und sie hätten ein aktuelles Jugendbeteiligungskonzept. Wenn sie darauf schauen würden, wieviele Jugendliche sich aktiv an sie wenden würden, um einen Jugendtreff zu installieren oder zu suchen, sei dies in den letzten vier Jahren keinen einzigen Mal passiert. Er wolle wissen, warum sie immer Dinge vorgeben sollten und nicht darauf warten würden, was die Jugendlichen wollten. Sie sollten dann auf ihre Wünsche und Anregungen reagieren. Wenn man die heutigen Jugendlichen ansehe, rede man von einem Zeitraum von zwei bis drei Jahren. In zwei bis drei Jahren sei diese Generation der Ju-

gendlichen wieder weg und es käme die nächste. Jede Generation von Jugendlichen habe andere Bedürfnisse. Mit einem vorgegebenen Jugendtreffkonzept und fachlicher Begleitung mache man den Jugendlichen keine Freude.

Der Antrag der SPÖ Feldkirch und Parteifreie erhält mit den Stimmen der SPÖ und der Grünen - Feldkirch blüht keine Mehrheit.

14. Genehmigung der Niederschrift über die 10. Sitzung der Stadtvertretung vom 13.03.2012

Die Niederschrift wird genehmigt.

Bgm. Mag. Berchtold teilt mit, dass die Annahme der Niederschrift auch eine Auszeichnung für die Schriftführerin sei. Diese heiße erstmals Bernadette Biedermann und habe das Kunststück zu Wege gebracht, ohne bei dieser Sitzung im März dabei gewesen zu sein, ein Protokoll zu verfassen, das in seiner Qualität die einstimmige Zustimmung finde. Er bedanke sich herzlich.

15. Allfälliges

STVE Cizek weist darauf hin, es sei in letzter Zeit wieder vorgekommen, dass die Fraktion SPÖ und Parteifreie keine Einladungen zu diversen Ausschüssen und anderen Veranstaltungen erhalten habe. Obwohl sie nur einen Zuhörerstatus hätten, bäten sie darum, die entsprechenden Informationen in Zukunft wieder zu bekommen. Er hoffe, dass dies in Zukunft wieder funktioniere.

Bgm. Mag. Berchtold versichert, dass es sich hierbei nur um ein Versehen handeln könne.

STVE Cizek informiert, dass es zwei bis drei Fälle gegeben habe. Man habe sich dafür entschuldigt und es sei aus der Welt. Es gehe ihm nur darum, dass er nochmals darum bitte, dass dies in Zukunft nicht mehr passiere. Dadurch, dass sie nur einen Zuhörerstatus hätten und eine kleine Fraktion seien, würden sie vielleicht immer wieder übersehen werden. Dies sei der einzige Grund, weshalb er es sage.

Bgm. Mag. Berchtold wiederholt, dass es sich hierbei nur um ein Versehen handeln könne und versucht werde, dies mit entsprechender Sorgfalt in Zukunft zu verhindern.

STVE Rietzler erkundigt sich, welche Parkmöglichkeiten es an öffentlichen Schulen und Kindergärten gebe und ob diese als Kurzparkmöglichkeit oder für eine längere Parkzeit gewährleistet seien. Er wolle wissen, ob überall bei Kindergärten und Schulen Kurzparkmöglichkeiten gegeben seien. Er bitte um eine schriftliche Beantwortung.

Bgm. Mag. Berchtold meint, dass dies auch mündlich gemacht werden könne.

STR Dr. Lener stellt fest, dass dies bereits im Detail aufgearbeitet worden sei und eine große Broschüre dazu existiere. Zahlen könne sie keine nennen, wobei für die Zukunft

auch hier durchaus Überlegungen anstünden, ein gewisses Mobilitätsmanagement auch für Schulen, zumindest für städtische Schulen, einzuführen.

STVE Rietzler bittet STR Dr. Lener um Zusendung der Unterlagen.

STV Dr. Baschny bittet im Rahmen einer Anfrage um eine Erklärung, was mit dem Haus Schillerstraße los sei. Man höre dies und das, aber ein offizielles Statement sei ihr nicht bekannt. Scheinbar sei dort alles in Ordnung und die Standards seien eingehalten worden. Sie bitte um eine offizielle Stellungnahme dazu.

STR Dr. Rederer erklärt, dass sich die gesetzlichen Rahmenbedingung seitens des Landes geändert hätten. Seitens der Geschäftsführung der SBF sei eine neue Eingabe an die Bezirkshauptmannschaft bezüglich Benutzungsbewilligung getätigt worden. Mit heutigem Datum hätten sie noch nichts Schriftliches auf dem Tisch. Sie würden aber, sobald dieses Schriftstück da sei, dieses im entsprechenden Sozial- und Wohnungsausschuss thematisieren.

STV Dr. Baschny möchte nicht, dass am Ende der Eindruck entstehe, dass irgendetwas angepasst werde, weil der Standard nicht so gut gewesen sei. Mit anderen Worten: Wenn ein Produkt einer ÖNORM nicht entspreche, solle man die ÖNORM auch nicht so lange nach unten nivellieren, bis das Produkt dann doch erfasst sei.

Bgm. Mag. Berchtold erläutert, dass dies nicht in der Zuständigkeit der Stadt Feldkirch liege, sondern vom Landesgesetzgeber im Rahmen einer Novellierung der Heimbauordnung so beschlossen worden sei.

STV Dr. Baschny widerspricht Bgm. Mag. Berchtold aus ihrer Sicht. Die Stadt Feldkirch sei dafür zuständig, Baumaßnahmen in ihrem Bereich durchführen zu lassen. Diese Richtlinien des Landes Vorarlberg seien ein Mindeststandard, der neu festgelegt worden sei. Dies verpflichte die Feldkircher Politik aber nicht, nur auf Mindestlevel zu fahren. Sie denke, die Feldkircher SeniorInnen sollten dies der Stadt wert sein.

STV Dr. Nussbaumer informiert, dass die ÖVP das Pflegeheimgesetz in einem einzigen Paragraphen vor kurzem mit Zustimmung der FPÖ geändert bzw. adaptiert habe. Dies sei gegen die Stimmen der SPÖ und der Grünen geschehen. Die Pflegezimmer, die im Haus Schillerstraße existierten und die den Standard hätten, den es vor fünf Jahren gegeben habe, bevor das Pflegegesetz 2002 beschlossen worden sei, seien damals generalsaniert worden. Dieser Standard der Pflegezimmer entspreche nicht der Heimbauverordnung, weil nicht in jedem Zimmer eine Dusche vorhanden sei und die Zimmergröße nicht exakt die vorgeschriebene sei. Deswegen habe man damals gesagt, die Zimmer, in denen landesweit gepflegt werde - ab Stufe drei oder vier - würden übergeleitet werden. Diese seien also bei der Generalsanierung beim Pflegeheimgesetz, wo man die Heim-Neubau-Standards beschlossen habe, als Pflegezimmer ausgewiesen bzw. bewilligt worden. Man habe sich nun gedacht, die restlichen Betten, in denen landauf, landab auch gepflegt worden sei, würden im Zuge der Zeit ohnedies wieder saniert oder neue Pflegeheime würden gebaut werden und man brauche diese Pflegeplätze nicht mehr. Das sei nicht der Fall. Die Pflegeplätze würden unbedingt gebraucht werden, da eine große Anzahl pflegebedürftiger Personen darauf warten

würde. Der Standard der Pflegezimmer, den STV Dr. Baschny angesprochen habe, sei genau derselbe wie der Standard der Zimmer, die man damals übergeleitet habe. Es sei keine Nivellierung nach unten. Die Pflegevoraussetzungen seien genau dieselben wie zuvor und natürlich würden auch sie keine Nivellierung wollen. Die Heimbauverordnung bleibe bestehen. Es werde nichts nivelliert, auch nicht in Feldkirch. Das einzige sei, dass in Pflegezimmern, in denen jetzt gepflegt werde, auch in Zukunft gepflegt werde.

STR Dr. Rederer teilt mit, dass der nächste Sozial- und Wohnungsausschuss bewusst im Herbst im Sonnensaal des Hauses Schillerstraße stattfinden werde. Im Vorfeld gebe es die Möglichkeit, das Haus anzusehen. Dort könne man sich ein Bild davon machen. Er wolle speziell STV Dr. Baschny dazu einladen, sich vor Ort davon zu überzeugen, dass sich die BewohnerInnen dort wohlfühlten.

STV Scharf stellt folgende Anfrage an Vizebürgermeisterin Burtscher:

„Die Raumsituation an der VS Tosters und dem angeschlossenen Übungshort der Bildungsanstalt für Kindergartenpädagogik „Kaleidoskop“ ist bekanntlich sehr prekär und wird sich in den kommenden Jahren noch weiter zuspitzen. Die Volksschule benötigt wahrscheinlich schon im kommenden Schuljahr 2012/13 einen weiteren Klassenraum. Das Kaleidoskop soll dafür einen ihrer Räume zur Verfügung stellen. Die Anmeldungen für die Ganztagesbetreuung steigen ebenfalls jährlich, es müssen bereits Kinder abgelehnt und Wartelisten angelegt werden. Die Räumlichkeiten des Kaleidoskops sind aber schon jetzt für die Anzahl der zu betreuenden Kinder zu klein und den Bedürfnissen der Kinder nicht entsprechend. Für die Zubereitung des Mittagessens und die Aufräumungsarbeiten fehlt eine passende Infrastruktur, weiters fehlt ein Büro für das Hortteam. Auf Grund des akuten Platzmangels kommt es bereits zu Doppelbelegungen der Räume. Spielsachen, Bastelmaterialien und Lernspiele müssen in Schachteln auf den Kästen verstaut werden und sind nicht frei zugänglich. Ausweichräume wie Werkräume und die Turnhalle sind zwar vorhanden, aber wenn sie in Anspruch genommen werden, wird es mit der Aufsichtspflicht schwierig, dann fehlt Personal. Auch der Spielplatz bei der VS Tosters, der vom Übungshort Kaleidoskop mitbenutzt wird, entspricht nicht mehr den Anforderungen. Für alle Betroffenen ist die geschilderte Situation sehr unbefriedigend und eigentlich nicht zumutbar.

Als Stadtvertreterin stelle ich deshalb gem. § 38 Abs 4. des Vorarlberger Gemeindegesetzes folgende Anfrage an Sie als zuständige Ressortleiterin:

- In welchem rechtlichen Verhältnis steht die Stadt Feldkirch mit dem Träger BAKIP und Kaleidoskop?
- Welche Vereinbarungen bestehen zwischen Stadt und BAKIP? Zu welchen Leistungen hat sich die Stadt in diesem Zusammenhang verpflichtet?
- Welchen Nutzen hat die Stadt Feldkirch aus dieser Zusammenarbeit?
- Wie viele Anmeldungen für die Betreuung im Kaleidoskop liegen für das kommende Schuljahr 2012/13 vor?
- Wie viele Kinder können der vorhandenen Raumsituation entsprechend aufgenommen werden, wie viele müssen abgewiesen werden?
- Gibt es gesetzliche Vorgaben bezüglich der Gruppengröße, wie lauten die Bestimmungen bezüglich der Räumlichkeiten?

- Warum wird die Mittagsbetreuung der VolksschülerInnen dem Personal des Kaleidoskops übertragen?
- Wie viele VolksschülerInnen haben sich nur zur Mittagsbetreuung (Mittagessen) angemeldet, weil nachmittags Unterricht stattfindet?
- Müssen auf Grund dieser Zusammenlegung Kinder, die einen Hortplatz für die ganze Woche benötigen würden, abgewiesen werden?
- Welche Maßnahmen zur Verbesserung der Infrastruktur bezüglich Mittagsverpflegung sind vorgesehen?
- Ist es nicht sinnvoll überhaupt ein neues Raumkonzept für das Kaleidoskop zu überlegen, womöglich unter Einbeziehung anderer Standorte?
- Für die Neugestaltung des Spielplatzes sollte Anfang November 2011 ein Beteiligungsprozess gestartet werden. Warum ist es zu Verzögerungen gekommen?
- Wird die Neugestaltung des Spielplatzes bis Herbst 2012 realisiert? Wenn ja, wann beginnt der Beteiligungsprozess?
- Falls nein, werden dann zumindest die vorhandenen Spielgeräte überprüft (TÜV), sodass die Kinder wenigstens diese benutzen können?“

Vizebürgermeisterin Burtscher erklärt, dass sie normalerweise dankbar dafür sei, wenn sie die Fragen im Vorfeld bekomme. Da dazwischen aber Pfingsten gelegen sei und es sich um 14 Fragen handle, werde dies bis zur nächsten Stadtvertretungssitzung schriftlich nicht nur beantwortet sondern zum Teil auch richtig gestellt. Dass keine TÜV-Prüfungen stattfänden, wie es in der Anfrage stehe, sei natürlich falsch. Genau aufgrund dieser TÜV-Prüfungen seien die Geräte gesperrt, bis sie adaptiert würden. Diese Dinge würden dann richtig gestellt und die restlichen Fragen beantwortet werden.

Bgm. Mag. Berchtold gratuliert all jenen KollegInnen, die Geburtstag gefeiert hatten. Weiters wolle er die Mitglieder der Stadtvertretung an der Freude und Auszeichnung teilhaben lassen, die die Stadt Feldkirch am vergangenen Donnerstag überreicht bekommen habe, dem European Energy Award in Gold. Dies sei die höchste Auszeichnung im Rahmen des e5 Programmes für die energieeffizienteste Stadt in Österreich. Die Verleihung dieser Auszeichnung habe in Villach stattgefunden und sei vor allem auch für die Stadt Feldkirch eine hervorragende Gelegenheit gewesen, auf einer überregionalen Plattform die Bestätigung der Arbeit in Bezug auf Energieeffizienz und auf das anspruchsvolle und ehrgeizige Programm e5 zu erhalten. Er wolle insbesondere den Teammitgliedern herzlich danken und gratulieren, stellvertretend dafür nenne er die KollegInnen STR Dr. Lener, STR Thalhammer und STR Keckeis.

Bürgermeister Mag. Berchtold schließt die öffentliche Sitzung um 20.40 Uhr.

Die Schriftführerin

Der Vorsitzende